EUROPA 03.01.2017 | Jean Pisani-Ferry

# Nostalgie der Not

## Wer Populisten besiegen will, muss dem Fortschritt endlich seinen Glanz zurückgeben.

Margaret Thatcher und Ronald Reagan bleiben für ihre Politik des „Laissez-faire“ der frühen 1980er Jahre in Erinnerung. Ihre Wahlkampagnen und Siege beruhten auf dem Versprechen, der Kapitalismus der freien Märkte führe zu Wachstum und fördere den Wohlstand. Im Jahr 2016 hat Nigel Farage – der ehemalige Parteichef der britischen Unabhängigkeitspartei (UKIP) und Planer des Brexit – ebenso wie der zukünftige US-Präsident Donald Trump seine Kampagnen und Siege auf eine deutlich andere Grundlage gestellt: Nostalgie. Sie versprachen, „die Kontrolle wiederzuerlangen” und „Amerika wieder groß zu machen“ – mit anderen Worten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Wie Mark Lilla von der Columbia University beobachtet hat, rollt diese neue reaktionäre Welle nicht nur durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten. In vielen Industrie- und Schwellenländern scheint die Vergangenheit attraktiver zu sein als die Zukunft. In Frankreich verherrlicht Marine Le Pen, die Präsidentschaftskandidatin der nationalistischen Rechten, die Ära, in der die französische Regierung die Grenzen kontrolliert, die Industrie geschützt und die Währung aktiv beeinflusst hat. Die Parteivorsitzende des Front National behauptet, solche Lösungen, die in den 1960er Jahren funktioniert haben, würden auch heute wieder zu Wohlstand führen.

*Viele Bürger haben ihren Glauben an den Fortschritt verloren. Sie glauben nicht mehr, dass ihnen die Zukunft materielle Verbesserungen bieten kann.*

Offensichtlich sprechen solche Ideen viele Wählerinnen und Wähler im gesamten Westen an. Der Hauptgrund für diesen Wandel der öffentlichen Einstellung ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihren Glauben an den Fortschritt verloren haben. Sie glauben nicht mehr, dass ihnen die Zukunft materielle Verbesserungen bieten kann oder dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen selbst. Weil sie Angst haben, nach vorn zu schauen, blicken sie zurück in die

Vergangenheit.

Dass der Fortschritt seinen Glanz verloren hat, dafür gibt es mehrere Gründe: Der erste Grund ist in einem Jahrzehnt der schwächelnden Wirtschaft zu suchen. Zumindest in Europa ist für alle Unter-30-Jährigen der neue Normalzustand Rezession und Stagnation. Der Preis der Finanzkrise war hoch. Darüber hinaus sind die Produktivitätszuwächse in den Industriestaaten (und oft auch in den Schwellenländern) weiterhin enttäuschend gering. Daher gibt es kaum Einkommensgewinne, die verteilt werden könnten – und noch weniger in alternden Gesellschaften, in denen weniger Menschen arbeiten und die Rentner länger leben. Ob diese harsche Realität tatsächlich auch in Zukunft Bestand haben wird, ist unter Ökonomen umstritten, aber dass die Bürger diese Probleme ernst nehmen, ist verständlich.

*Durch Roboter und künstliche Intelligenz fallen auch Jobs mittleren Qualifikationsgrads weg.*

Der zweite Grund, warum der Fortschritt an Glaubwürdigkeit verloren hat, besteht darin, dass die Mittelklasse – das Rückgrat der industriellen Nachkriegsgesellschaften – Gefahr läuft, durch die digitale Revolution ausgehöhlt zu werden. So lange durch den technischen Fortschritt nur unqualifizierte Arbeitsplätze vernichtet wurden, reagierten die Politiker mit besserer Ausbildung. Aber durch Roboter und künstliche Intelligenz fallen auch Jobs mittleren Qualifikationsgrads weg, was zu einem polarisierten Beschäftigungsmarkt mit Arbeitsplätzen an beiden Enden der Einkommensverteilung führt. Diejenigen, deren Fähigkeiten an Wert verloren haben und deren Arbeitsplätze durch Automatisierung verloren gegangen sind, werden dies wohl kaum als „Fortschritt“ werten.

Ein dritter, damit zusammenhängender Grund besteht in der massiv verzerrten Verteilung der nationalen Einkommenszuwächse vieler Länder. Der soziale Fortschritt lebte von dem Versprechen, dass der Nutzen technologischer und wirtschaftlicher Fortschritte geteilt wird. Aber aktuelle, bahnbrechende Forschungen von Raj Chetty und seinen Kollegen zeigen, dass, während 90 Prozent der in den frühen 1940er Jahren in den USA geborenen Erwachsenen mehr als ihre Eltern verdienten, dieser Anteil seitdem stetig gesunken ist. Heute haben nur noch 50 Prozent der Mitte der 1980er Jahre geborenen Amerikaner ein höheres Einkommen als ihre Eltern. Lediglich ein Viertel dieses Rückgangs liegt an der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums; der

Rest kann auf eine immer ungleichere Einkommensverteilung zurückgeführt werden. Nimmt die Ungleichheit ein solches Ausmaß an, untergräbt sie die Basis des Gesellschaftsvertrags. Ist es unwahrscheinlich, dass es Kindern einmal besser geht als ihren Eltern, kann man wohl kaum von allgemeinen Fortschritten sprechen.

Viertens hat die neue Ungleichheit eine politisch hervorstechende örtliche Dimension: Gut ausgebildete, beruflich erfolgreiche Menschen heiraten immer mehr unter sich und leben nah beieinander – meist in großen, wohlhabenden Ballungsgebieten. Ebenso heiraten sich die Verlierer gegenseitig und leben nah beieinander – meist in sozial schwachen Gebieten oder Kleinstädten. Laut Mark Muro und Sifan Liu von der Brookings Institution ist dies der Grund dafür, dass in den US-Wahlkreisen, in denen Trump gewann, nur 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird, während in den von Clinton gewonnenen Kreisen der Anteil bei 64 Prozent liegt. Massive örtliche Ungleichheit führt zu großen Gemeinschaften von Menschen ohne Zukunft, die die Uhr lediglich zurückdrehen möchten.

Der Glaube an den Fortschritt war in den Nachkriegsjahrzehnten eine Grundvoraussetzung des politischen und sozialen Gesellschaftsvertrags. Er war immer ein Grundbestandteil der linken Programme, aber auch die Rechten haben sich an ihn gewöhnt. Nach den Ereignissen von 2016 ist die Unterstützung für dieses Konzept, das während der Aufklärung entstanden ist, nun nicht mehr gewährleistet.

Alle, die glauben, die Idee des Fortschritts sollte den Gesellschaften des 21. Jahrhunderts weiterhin als Kompass dienen, müssen diese nun anhand der heutigen Gegebenheiten umdefinieren und eine entsprechende politische Agenda entwerfen.

Sogar wenn man andere wichtige Dimensionen des Themas außen vor lässt – wie die Angst vor der Globalisierung, wachsende moralische Zweifel an modernen Technologien und die Sorge über die ökologischen Folgen des Wachstums – ist die Neudefinition des Fortschritts eine beängstigend große Herausforderung. Dies liegt teilweise daran, dass eine vernünftige Agenda gleichzeitig makroökonomische, ausbildungsbezogene, verteilungstechnische und räumliche Dimensionen umfassen muss. Die Lösungen von gestern sind Vergangenheit: Ein Gesellschaftsvertrag für ein Umfeld mit hohem Wachstum und gleichberechtigtem technologischem Fortschritt kann die Probleme einer wachstumsarmen Welt mit spaltend wirkenden technischen Neuerungen nicht mehr lösen.

***Heute brauchen die***

Kurz gesagt, soziale Gerechtigkeit ist nicht nur

*Industriestaaten Sozialverträge, die demografische Veränderungen, technologische Umwälzungen und wirtschaftliche Schocks überleben können.*

eine Sache schönen Wetters. Viele Jahrzehnte lang war das Wachstum ein Ersatz für vernünftige Sozialpolitik. Heute brauchen die Industriestaaten Sozialverträge, die demografische Veränderungen, technologische Umwälzungen und wirtschaftliche Schocks überleben können.

2008 hat US-Präsident Barack Obama seine Kampagne auf „Hoffnung“ und „Wandel, an den wir glauben“ ausgerichtet. Die stichhaltige Antwort auf die Wiederkehr der reaktionären Welle muss darin bestehen, diesen größtenteils unerfüllt gebliebenen Versprechen Inhalt zu verleihen.

© *Project Syndicate*

---



**Jean Pisani-Ferry**
Berlin

Jean Pisani-Ferry ist Professor für Ökonomie und *Public Management* an der *Hertie School of Governance* und an der *Sciences Po* in Paris. Er war Gründungsdirektor von *Bruegel*, einem einflussreichen wirtschaftswissenschaftlichen Thinktank in Brüssel. Dort ist er heute auch *Senior Fellow*.

# 11 LESERBRIEFE

## NoComment schrieb am 05.01.2017

Richtig: Der Kapitalismus wird seit den Zeiten von Adam Smith mit der These legitimiert, daß jeder, der sich anstrengt, Erfolg haben, im Sinne von Wohlstand oder gar Reichtum, erwerben kann. Heute ist es jedoch so, daß die Kinder oftmals den Wohlstand ihrer Eltern nicht erarbeiten können.
Probleme richtig benannt, wo ist die Lösung? Ein neuer "Sozialvertrag"? Warum hat der alte nicht funktioniert? Warum sollte der neue funktionieren?
Zum Nachdenken:
1. Wird es in Zukunft noch nennenswertes Wachstum (in den entwickelten kapitalistischen Staaten) geben?
2. Wenn nein, welche wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen ergeben sich daraus?
Prognose: Die Verteilungskonflikte werden zunehmen, nicht abnehmen!

---

**Erik** schrieb am 07.01.2017

---

Dass Krise zuverlässig zum Kapitalismus gehört dürfte nicht nur den 30-jährigen bewußt sein, die Weltkriege I und II waren schon Folge der unauflösbaren Widersprüche kapitalistischer Wachstumsideologie, der Zusammenbruch des Ostblocks nur ein Aufschub der

nächsten zwangsläufigen Krise, die wir heute erleben dürfen. Mit blumigen Versprechungen und ein bißchen Umverteilung wird überhaupt nichts gelöst. Es bedarf komplett anderer Denkansätze, wenn die Menschheit aus dem Teufelskreis Kapitalismus- Krise- Krieg ausbrechen will.

---

**Gerhard** schrieb am 10.01.2017

---

Fortschritt, Reformen - früher positiv besetzte Begriffe wurden im Zeitalter des Neoliberalismus zu Synonymen für Sozialabbau, Arbeitplatzverlust, Umverteilung von unten nach oben. Kein Wunder, dass bei sehr vielen Menschen diese Begriffe heute absolut negativ besetzt sind. Die Politik in unseren Demokratien sollte endlich eingestehen, dass der neoliberale Weg ein Irrweg war und sich bei den Menschen für das ihnen angetane entschuldigen. Erst ein glaubwürdiges Eingestehen dieses fatalen Irrtums kann Grundlage für einen glaubwürdigen Neustart einer wirklich sozialen Marktwirtschaft sein.

---

**Andrea aus Bremen** schrieb am 11.01.2017

---

Die Frage wird sein, ob es überhaupt noch ein Publikum

gibt, das bereit ist, sich Geschichten über die "schöne neue Welt" anzuhören. Mein Gefühl sagt mir, dass wir längst über den Zeitpunkt hinweg sind, an dem mit Argumenten und Visionen Blumentöpfe gewonnen werden konnten. Es geht jetzt um handfeste und sofort spürbare Verbesserungen. Sicherheiten in einer unsicheren Zeit - belastbar. Klare Verträge zwischen den Sozialpartnern, wie die große Digitalisierungswelle abläuft.

Letztlich geht es doch auch hier wieder darum, dass eine kleine Zahl superplietscher Jungunternehmer eine große Zahl von Menschen weltweit ins Aus stellt, um selbst fette Knete zu machen. Schenkt ihnen die fette Knete und steuert den Transformationsprozess langsam und intelligent.

---

**Galgenstein** schrieb am 13.01.2017

---

Wer sich der eignen Zukunft und der mit ihr einhergehenden Veränderung nicht stellen will, der flieht halt gerne in die Vergangenheit. Geschichte kann man leichter zum Leuchten bringen, als die Zukunft. Das ist das Versprechen, das die Populisten bereithalten. Die

Welt scheint sich in zwei Lager aufzuspalten. Auf der einen Seite die Länder, die ihren Weg in die Zukunft suchen (neulich erschien ein sehr guter Artikel hier zum Thema über die "postwestliche Ordnung") und auf der anderen Seite jene, für die Zukunft zum Schreckgespenst geworden ist. Zu letzteren darf sich Deutschland zählen. Es gäbe so viel zu tun und doch geschieht so wenig. Die Neuerer scheitern an den Besitzstandswahrern. Die Zukunft hat leider keine Lobby (mehr).

---

**Galgenstein** schrieb am 13.01.2017

---

@Erik: irgendwann sollte man sich von den alten sozialistischen Phrasen über den unausweichlichen Niedergang des Kapitalismus, der an den ihm innewohnenden Widersprüchen einfach scheitern müsse, doch einmal verabschieden können. Schau ich mir die Länder an, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten, so kann ich nur ein Scheitern konstatieren, das ungleich erfolgreicher war, als das des Kapitalismus. Markwirtschaften lernen, müssen lernen, wenn man sich behaupten will. Ideologen leider nicht. Sie leben von der Behauptung, dass nicht die Realität, sondern sie recht hätten. Und je mehr sie darauf beharren, desto weniger

klappt's dann halt mit dem anvisierten Wandel. Aber Schuld am Scheitern tragen natürlich immer die anderen, die "ausländischen Agenten", die NGOs, die Menschenrechtler etc.

---

**Christian** schrieb am 13.01.2017

---

@Galgenstein: Mit die bemerkenswertesten Fortschritte hat ein Land gemacht, das nicht gerade klassich-kapitalistisch ist: die VR China.

---

**Erik** schrieb am 18.01.2017

---

@Galgenst. Vielleicht haben Sie recht, und die aktuelle Wirtschaftsordnung ist nicht verantwortlich für den Raubbau an der Umwelt, das Wiedererstarken des Faschismus, Aufrüstung, Kriegsgefahr, Kolonialisierung, ethikfreie Massentierhaltung, Migrationbewegungen und gigantische globale Wohlstandsgefälle. Irgendeinen Grund dafür muss es allerdings geben, denn diese Dinge existieren ja. Ihre Aussage über Ideologen ist m. E. richtig und sie passt auch genau auf die Ideologen der marktkonformen Demokratie und des ewigen Wachstums, die kein Rezept gegen die benannten

Problematiken zu kennen scheinen, außer Wachstum und freie Märkte.

---

**Johannes** schrieb am 20.01.2017

---

Sehr guter Artikel. Das Wachstum kann nur noch stattfinden in einer globalisierten Welt die Binnenmärkte einzelner Länder sind erschöpft. Somit werden die "Zurück zur Abschottung" Politiker keinen Erfolg haben. Aber auch die Rezepte unsere Links orientierten Medien und Politiker sind unwirksam und an der Realität vorbei und gipfeln in der Verschwendung von Finanziellen Ressourcen. Die Zukunft wird global und digitalisiert gestaltet und wir müssen uns von Ängsten verabschieden und die Herausforderung annehmen. Dieser Prozess läuft bereits zum Beispiel Elektromobilität. Hier werden die Regeln neu definiert ohne Staat oder Lobby. Wer Angst hat bleibt stehen.

---

**Johannes** schrieb am 20.01.2017

---

@ Erik Kennen sie denn ein funktionierenderes besseres System? Auf der anderen Seite nimmt die globale Kriminalität jedes Jahr ab genauso wie der Welthunger

abnimmt die Welt wird auch immer Grüner also das Pflanzenwachstum hat sich vergrössert. Nein solche Dinge will keiner hören denn Rechts-Populisten wie Grüne und Medien brauchen Bad News für ihre Existenzberechtigung. Wollen wir denn wirklich eine bessere Welt? Das tönt zwar etwas Zynisch aber es scheint mir oft als getraut sich niemand ein positives Weltbild zu formulieren.

---

**Erik** schrieb am 21.01.2017

---

@-Johannes;
Wenn sich "erschöpfte" Binnenmärkte zu globalen Märkten zusammenschließen gibt es wieder Wachstum? Ich glaube an die These, wonach es in einem endlichem Raum kein unendliches Wachstum geben kann. Weiterhin wünschte ich, es gäbe Talkshows, die sich nicht nur mit Populismus, Burka o. Islam beschäftigen, sondern mit der Frage, warum Staaten (Gemeinwesen) mit Billionen $/€ verschuldet sind, während wenige private Personen Billionen §/€ ihren Privatbesitz nennen. Wäre das nicht mal interessant?